Landes-SGK EXTRA
Hessen
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Hessen e.V.
11/12 | 2020

Hanau steht zusammen

Kein Platz für Rassismus und Gewalt. Für Respekt, Toleranz und Zivilcourage

Autor Oberbürgermeister Claus Kaminsky

Mahnwache in der Hanauer Innenstadt Foto: Stadt Hanau

In den späten Abendstunden des 19. Februars 2020 geschah in unserer Stadt, was für uns alle bis dahin unvorstellbar gewesen war: Neun Menschen mit ausländischen Wurzeln wurden Opfer eines rassistisch motivierten Anschlags. Danach tötete der Täter seine Mutter und sich selbst. Dieses schreckliche Attentat hat Hanau nachhaltig geprägt und wird auf alle Zeiten im kollektiven Gedächtnis der Stadtgesellschaft verankert bleiben. Nicht nur die Angehörigen der Getöteten, sondern alle müssen mit der Erinnerung an dieses erschütternde Ereignis weiterleben. Der 19. Februar 2020 war der dunkelste Tag für Hanau in Friedenszeiten. Diesen Frieden in der Stadtgesellschaft zu erhalten, fordert uns alle gemeinsam – jeden von uns.

„Kein Platz für Rassismus und Gewalt. Hanau steht zusammen. Für Respekt, Toleranz und Zivilcourage." ist heute auf dem großen Transparent zu lesen, das die Fassade des Neustädter Rathauses in Hanau verdeckt. Es hat das Banner abgelöst, auf dem die Stadtgesellschaft sechs Monate lang deutlich machte: „Die Opfer waren keine Fremden". In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich das Nationaldenkmal der Brüder Grimm, wo sich am Tag nach dem rassistisch motivierten Terroranschlag des 19. Februars Hanauer*innen zum Zeichen der Trauer und Anteilnahme zusammengefunden haben und wo seither immer wieder Menschen innehalten. Blumenschmuck, Kerzen und Bildtafeln lassen das Denkmal zu einer Gedenkstätte der Schreckensnacht werden.

Claus Kaminsky Oberbürgermeister der Stadt Hanau Foto: Stadt Hanau

Mit Mahnwachen, Trauermärschen und diversen Kundgebungen gegen Rassismus reagierte die Hanauer Bürgerschaft in der Zeit unmittelbar auf die Tat. Auch an den öffentlichen Totengebeten und Beisetzungen der Mordopfer nahmen viele Menschen der Region teil. Das gemeinsame Entsetzen einte die Stadtgesellschaft in ihrer spontanen Anteilnahme. Doch die Schreckensereignisse waren noch nicht ansatzweise verarbeitet, da musste sich Hanau wie jede andere Kommune des Landes mit

Inhalt

Aus einsam mach gemeinsam

Hausbesuche unter Corona

Kümmern!

Wohnungstausch

Grußwort Kirsten Fründt

Empfehlung für Hygienekonzepte an Wahlkampfständen in Zeiten der Covid-19-Pandemie

Landesdelegiertenkonferenz der SGK Hessen abgesagt

Die für den **14. November 2020** geplante Landesdelegiertenkonferenz mit Wahlen wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt.

Die LDK wird im Laufe des Jahres 2021 nachgeholt. Bis dahin bleibt der Landesvorstand im Amt. Wir informieren sobald wie möglich über den neuen Termin.

Die Hanauer Bevölkerung trauert um die Opfer des rassistischen Anschlags. Foto: David Seeger

der Corona-Pandemie der nächsten existentiellen Krise stellen. Die Menschen hier in Hanau sind von einer Extremsituation direkt in die nächste gefallen. Zwischen der offiziellen Trauerfeier und dem Lockdown waren nicht einmal zwei Wochen vergangen. In der Folge galt es über Monate, die schwierige Gratwanderung zu meistern, trotz aller Restriktionen und Kontaktbeschränkungen den Angehörigen die versprochene Unterstützung zu leisten und ihnen bei der Bewältigung der Trauer die notwendigen Hilfestellungen zu geben.

Als ein erfreuliches Zeichen der Wertschätzung sehe ich hier das enge Netz der unterstützenden Akteure, das neben den städtischen Strukturen die Opferfamilien und Augenzeugen begleitet hat und immer noch begleitet. Neben den etablierten Systemen haben sich zwei Organisationen neu zusammengefunden, die den Betroffenen in der Trauerbewältigung zur Seite stehen. Die gute Vernetzung der verschiedenen Hilfsangebote sorgt dafür, dass niemand zurückgelassen wird.

In der Pflicht sind nach wie vor die zuständigen Ermittlungsbehörden bei Bund und Land. Dass die Aufklärung so schleppend verläuft und so viele Fragen der Angehörigen nach wie vor offen sind, stellt ihr Vertrauen in unseren Staat auf eine harte Probe.

Trotzdem haben Angehörige der Opferfamilien des 19. Februar acht Monate nach dem Anschlag mit einer bewegenden Geste zu Füßen des Brüder-Grimm-Denkmals ein Zeichen für ein friedliches Miteinander gesetzt, als sie weiße Rosen im Gedenken für alle zehn Getöteten niederlegten und damit auch gegenüber der Mutter des Täters, die ebenfalls gewaltsam ihr Leben verlor, Respekt zeigten. Dieses Einbeziehen des zehnten Opfers und Bekenntnis für eine Zukunft in Frieden war mehr als ein kraftvolles Zeichen gegen Gewalt, sondern entfaltet auch eine einende Wirkung in die Stadtgesellschaft, wo die bisherige Fokussierung auf die neun Opfer, die aus rassistischen Motiven getötet wurden, durchaus kritisch begleitet wurde.

Als ein Symbol der Verbundenheit haben wir den neun Getöteten posthum die Ehrenplakette der Stadt Hanau in Gold verliehen. Dabei war es dem Magistrat wichtig, herauszustellen, dass diese höchste Auszeichnung der Stadt auch als Mahnung verstanden werden soll, wachsam zu bleiben und respektvoll miteinander zu leben. In diesem Sinne ist auch die Entscheidung getroffen worden, die Gräber der drei in Hanau bestatteten Opfer zu offiziellen Ehrengräbern der Stadt zu machen. Die drei Grabstätten auf dem muslimischen Gräberfeld sollen als Mahnung für zukünftige Generationen auf alle Zeit erhalten bleiben.

Bedeutung für die Erinnerungskultur

Von immenser Bedeutung sind jetzt die nächsten Schritte der Erinnerungskultur an öffentlichen Plätzen. Bisher erinnern Namenstafeln an den Tatorten sowie ein Gedenkort auf dem Hauptfriedhof an die Opfer. Gemeinsam mit einem Expertengremium für Gedenkkultur arbeiten wir an der Realisierung des angekündigten Mahnmals. Die erschütternden Geschehnisse öffentlich und in die Zukunft gerichtet zu verarbeiten, ist ein wichtiger Prozess – sowohl für die Opfer-Angehörigen als auch die Stadtgesellschaft. Es will deshalb gut überlegt sein, wie ein solcher Ort des Gedenkens aussehen soll. Wir sind uns einig darin, dass das Mahnmal die Getöteten würdigen muss, es soll aber zugleich in die Zukunft gerichtet sein und Inhalte wie Vielfalt, Zusammenleben, Gemeinschaft aufgreifen und thematisieren. Der Magistrat hat dafür einen jurierten zweistufigen Wettbewerb ausgeschrieben. Die Jury des Wettbewerbs setzt sich aus Vertreter*innen der Opferfamilien unter Vorsitz des Oberbürgermeisters zusammen, begleitet durch einen Beirat. Das Mahnmal soll im Laufe des Jahres 2021 realisiert werden.

Um für die Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus, Gewalt, Extremismus sowie für den Einsatz für unsere Demokratie einen förderlichen Rahmen zu schaffen, hat sich die Stadt entschieden, ein „Zentrum für Demokratie und Vielfalt“ zu schaffen. Damit wollen wir bei den zentralen Zukunftsfragen des Zusammenlebens Verantwortung für unsere Bürger*innen übernehmen. Wenngleich das Attentat den Impuls dazu gegeben hat, wird die Ausrichtung der Arbeit weit darüber hinausgehen. Das Ziel ist hier die Stärkung des Zusammenhalts der lokalen Hanauer Zivilgesellschaft über kulturelle und ethnische Unterschiede hinweg. Es soll das Vertrauen in die Demokratie stärken und sich gegen Gewalt, Extremismus und Menschenfeindlichkeit engagieren. Das Engagement wendet sich gegen alle Feinde unserer Demokratie.

Traurige Bestätigung, wie dringend ein solcher aufklärende Einsatz ist, hat dieser Tage das islamistisch motivierte Attentat auf einen Lehrer in unserer französischen Partnerstadt Conflans gebracht. Einmal mehr wurde uns vor Augen geführt: Es ist dringend an der Zeit, sich als Zivilgesellschaft gegen solche Entwicklungen zu wehren und deutlich zu machen, dass Terror und Gewalt – egal ob aus rassistischen oder religiösen Gründen – ob in Hanau, Halle, in Paris oder Conflans – in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

Zusammenstehen – gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus Foto: Stadt Hanau

Gang vor den Staatsgerichtshof unumgänglich

Schwarzgrüner Schattenhaushalt verfassungswidrig

SPD und Freie Demokraten im Hessischen Landtag haben ihren Normenkontrollantrag gegen das so genannte „Corona-Sondervermögen" der Landesregierung beim Staatsgerichtshof des Landes Hessen eingereicht. Der Schattenhaushalt besteht aus zwölf Milliarden Euro und speist sich vollständig aus neuen Krediten für das Land. Das Geld soll der Landesregierung bis Ende 2023 zur Verfügung stehen und nach deren Aussage eingesetzt werden, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu mildern.

Sowohl inhaltlich als auch in seinem Zustandekommen sei dieser Schattenhaushalt verfassungswidrig, so die Feststellung des Staats- und Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Christoph Gröpl von der Universität des Saarlandes, den die Landtagsfraktionen von SPD und FDP mit einer rechtlichen Beurteilung und mit der Ausarbeitung des Normenkontrollantrags beauftragt hatten. Das Gesetz über das „Sondervermögen" selbst, aber auch die Gesetzesänderungen zur Schuldenbremse, die Schwarzgrün zuvor vorgenommen hatte, verstießen gegen gleich mehrere Artikel der Hessischen Landesverfassung, so Prof. Dr. Gröpl.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser nannte die Normenkontrollklage ihrer Fraktion vor diesem Hintergrund „folgerichtig". Sie sagte: „Schwarzgrün hat nicht nur einen riesigen Schattenhaushalt eingerichtet, aus dem sich die Landesregierung bis 2023 mit zwölf Milliarden Euro bedienen kann, ohne dass eine ordentliche jährliche Ausgabenkontrolle durch das Parlament gewährleistet ist. CDU und Grüne haben auch die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse ihrer Funktion beraubt. Wer in dieser Form Politik mit der Brechstange macht, muss damit rechnen, dass er Gegenwind bekommt – politisch und juristisch."

Nancy Faeser sieht Normenkontrollklage als folgerichtigen Schritt.
Foto: SPD-Landtagsfraktion

Stillstand in der Verkehrspolitik überwinden

Enquetekommission „Mobilität in Hessen 2030"

Der Hessische Landtag wird auf Antrag von SPD und Freien Demokraten eine Enquetekommission zur Mobilität in Hessen einsetzen. Die Kommission soll in den kommenden zwei Jahren ein integriertes Konzept für die Mobilität in Hessen im Jahr 2030 erarbeiten. Nancy Faeser erklärte in der Plenardebatte, dass die Einsetzung der Enquete erforderlich sei, weil sich die Landesregierung einer zukunftsgerichteten Verkehrs- und Mobilitätsplanung für Hessen standhaft verweigere. „Seit der Gründung der Verkehrsverbünde für den ÖPNV vor 25 Jahren hat es in unserem Land keine wirklich wegweisende verkehrspolitische Entscheidung mehr gegeben", sagte Faeser, „und die Verkehrsverbünde waren ein Projekt der SPD." Auch die Verkehrspolitik sei an das übergeordnete Ziel gebunden, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen zu gewährleisten. „Die Fragestellungen in Bezug auf die Mobilität sind im ländlichen Raum natürlich andere als in der Metropolregion Rhein-Main. Sie müssen aber gemeinsam gelöst werden, damit Stadt und Land vergleichbar gute Chancen für die Menschen bieten können, die dort leben und arbeiten", so Nancy Faeser. Die SPD wolle mit der Enquetekommission an die Zeit anknüpfen, in der Hessen Vorreiter war, wenn es um die Lösung verkehrspolitischer Fragen ging. „Mobilität ist für Hessen essentiell, denn unser Land liegt in der Mitte Deutschlands und Europas. Deswegen geht ein Großteil des innerdeutschen und europäischen Verkehrs durch Hessen. Und deswegen haben wir die Pflicht, einen Plan dafür zu entwickeln, wie in Zukunft Menschen und Dinge von A nach B kommen. So einen Plan schulden wir den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen, die auf funktionierende Logistikketten angewiesen sind", sagte Faeser. Aufzurufen sei auch die Frage, wie die Corona-Pandemie die Ansprüche der Menschen an ihre individuelle Mobilität verändere. Entscheidend seien Investitionen in Zukunftstechnologien und der Blick auf die Tatsache, dass Verkehrsströme nicht an den Grenzen der Bundesländer endeten. „Da ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit unverzichtbar", so Faeser. Auch den Bürgerinnen und Bürgern sollen die Beratungen der Kommission zugänglich gemacht werden.

Foto: SPD-Landtagsfraktion

Stationäre Versorgung sicherstellen

SPD-Fraktion fordert Stärkung der Beschäftigten im Gesundheitswesen

In der Covid-19-Pandemie zeigt sich einmal mehr, wie wichtig eine gute medizinische Infrastruktur ist, so die pflege- und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer. „Unser Dank und unsere Anerkennung gebühren den Krankenhäusern und allen im Gesundheits- und Pflegebereich tätigen Menschen, die die gesundheitliche Daseinsvorsorge aufrechterhalten und die Herausforderungen der Pandemie mit vorbildlichem Engagement auch in der zweiten Welle meistern", sagte Sommer in der Plenardebatte zur stationären medizinischen Versorgung in Hessen. Sie forderte von der Landesregierung, die Beschäftigten im Gesundheitswesen zu stärken und zu stützen: „Wenn Sie die stationäre Versorgung sichern und stärken wollen, schützen und unterstützen Sie die Beschäftigten." Dazu brauche es auch eine umfassende Teststrategie für alle in der Krankenversorgung tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – zu ihrem Schutz und zu dem der Patientinnen und Patienten. „Jetzt die Personaluntergrenze insbesondere in der Intensivpflege zu kappen, wäre fatal", warnte Sommer, „denn gerade dort brauchen wir momentan jede Unterstützung." Um die Kapazitäten zu erhöhen, könnten andere Bereiche wie die Reha-Kliniken miteinbezogen werden. Sie vermisse konkrete Vorkehrungen der Landesregierung, um die stationäre Versorgung sicherzustellen. Bislang hätten Kliniken und Beschäftigte keine ausreichende Unterstützung erfahren – angefangen von nicht ausreichend verfügbaren Schutzmaterialien zu Beginn der Pandemie bis zur kaum stattfindenden Personalüberlassung sowie einer nicht bedarfsorientierten Investitionsförderung.

Dr. Daniela Sommer
Foto: SPD-Landtagsfraktion

v.i.S.d.P. Christoph Gehring, Pressesprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Aus einsam mach gemeinsam

Aufsuchende Sozialarbeit für Senior*innen

Autor Marius Schmidt, SPD-Fraktionsvorsitzender Lampertheim

Marius Schmidt berichtet, wie sich das ausgezeichnete Projekt weiterentwickelt hat.
Foto: Robert Hörner

Älter werden in unserer Gesellschaft ist eine Herausforderung. Nicht nur, dass eine schnelllebige Zeit auf Leistungsfähigkeit ausgerichtet ist, auch nachlassende Familienbindung fordert ihren Tribut: Senior*innen leiden unter Einsamkeit. Jede*r Dritte über 60 Jahren klagt laut einer Umfrage von Statista aus dem Jahr 2019 manchmal oder häufig über Einsamkeit. Und das, obwohl es in Deutschland bei Kirchen, Vereinen oder Sozialverbänden zahlreiche Angebote für ältere Menschen gibt.

Um an genau diese Angebote zu vermitteln, gibt es in Lampertheim die aufsuchende Sozialarbeit für Senior*innen. Auf Initiative der SPD-geführten Koalition im Stadtparlament gibt es in der südhessischen Spargelstadt eine Armuts- und Sozialkonferenz. Auf dieser tauschen sich regelmäßig Sozialverbände mit Verwaltung und Politik aus. Dort wurde der Bedarf deutlich: Aufsuchende Sozialarbeit für die ältere Generation wurde als wichtig erachtet. Daraufhin haben wir im Stadtparlament erfolgreich beantragt: Die Stelle, die sich um die städtische Seniorenbegegnungsstätte kümmert, sollte aufgestockt werden, um aufsuchend arbeiten zu können. Das heißt, dass jene Fachkraft für Senior*innen auf Problemlagen aufmerksam gemacht werden kann, die Personen daheim aufsucht und an Angebote heranführt.

Beispielhaft nennt Sozialarbeiterin Stephanie Rapp, die die Stelle zur aufsuchenden Sozialarbeit innehat, im Gespräch einen Fall aus ihrer Arbeit: „Frau P. hat nach dem Tod ihres demenzkranken Mannes, um den sie sich jahrelang gekümmert hatte, das Gespräch mit mir gesucht. Der Tod des Ehepartners nahm ihr jegliche Lebensfreude. Es gelang, eine Ehrenamtliche an sie zu vermitteln, der dasselbe Schicksal widerfahren war. Die beiden konnten sich anfreunden, besuchten die Angebote der städtischen Seniorenbegegnungsstätte und sind bis heute gut in Kontakt.“ Die Idee, die 2018 mit dem Kommunallöwen der AfK Hessen ausgezeichnet wurde, gilt in Lampertheim als Erfolg und soll, wie Sozialdezernent Jens Klingler (SPD) ausführt, nun weiterentwickelt werden. Ein fester Pool an ehrenamtlichen Senior*innenbegleiter*innen soll ausgebildet und der hauptamtlichen Kraft zur Seite gestellt werden. Bereits jetzt ergänzen ehrenamtliche Wohnberater*innen, die unter anderem bei barrierefreien Umbauten von Wohnungen beratend Hilfestellung leisten, das Angebot.

Weiterhin plant Kreisbeigeordneter Karsten Krug (SPD) das niedrigschwellige Angebot auf Kreisebene zu übertragen, da es in vielen kleinen Gemeinden mit kleineren Verwaltungen keine Ressourcen für ein solches Angebot gibt, es aber dennoch sehr wichtig ist. Aktuell gibt es im Kreis Bergstraße bereits eine Psychosoziale Kraft auf dem Land (Paula). Diese ist aber für den gesamten östlichen Bereich des Kreises alleine zuständig. Dies will Sozialdemokrat Krug mithilfe weiterer Fachkräfte ändern, um „das soziale Netz noch enger zu spinnen. Schließlich soll niemand in unserer Gesellschaft zurückbleiben.“

Hausbesuche unter Corona

Eine Handreichung

Autor Michael Siebel, Mitglied des Vorstands SPD-Bezirk Hessen-Süd

Sind Hausbesuche erlaubt?
Grundsätzlich sind Hausbesuche unter Corona möglich. Im Handbuch „Das Wahlkampfwissen“ steht kurz und knapp: „Hausbesuche; Coronabedingt mit Maske und Abstand und ohne Händeschütteln“. Wir möchten euch hiermit eine Handreichung geben, wie Hausbesuche doch gut gemacht werden können. Hausbesuche sind eine erprobte, erfolgreiche und effiziente Methode im Wahlkampf.

Warum überhaupt Tür-zu-Tür-Wahlkampf?
80 Prozent aller Hausbesuche werden von den Bürgerinnen und Bürgern positiv aufgenommen. Ihr erhaltet einen guten Einblick in die Lebensverhältnisse der Menschen. Ihr lernt euren Orts- oder Stadtteil kennen.

Grundsätzliches zu Hausbesuchen
Wählt die Orts- oder Stadtteile eurer Hausbesuche strategisch aus. Das heißt: In Wahlbezirken, in denen ihr einen hohen Anteil für die SPD mobilisierbare Wählerinnen und Wähler erwartet, macht Hausbesuche.

Früher, jetzt und in Zukunft gilt: Mit einem Hausbesuch greift ihr in die Privatsphäre der Menschen ein. Deshalb respektiert diese Privatsphäre! Das gilt umso mehr in diesen Corona-Zeiten. Wir empfehlen euch, die Hausbesuche vorher anzukündigen. Das kann mit Plakaten oder Flyern geschehen.

Die Corona-„Spielregeln“
- Abstandsregeln beachten
- Respektvoller Abstand
- Kein Händeschütteln
- Fragen, ob ein Gespräch gewünscht ist
- Erklären, warum wir „trotzdem“ Hausbesuche machen
- Der persönliche Kontakt ist uns immens wichtig
- Ob mit Mundschutz oder durchsichtigem Visier bleibt euch überlassen

Infos vorab
- Informiert euch, wo die Wahllokale in dem Orts- oder Stadtteil sind
- Informiert euch über die Modalitäten zur Wahl: Wahlbenachrichtigung, Briefwahlmodalitäten, Eintragung im Wählerverzeichnis
- Informiert euch über das Wahlsystem

Ausrüstung
- Ein Klemmbrett und Stifte für Notizen
- Kandidatenflyer oder Visitenkarte
- Themenhandzettel und/oder Briefwahlflyer
- Ein Erkennungszeichen wie Button, T-Shirt, SPD-Mundschutz
- Keine Give-aways!

Kümmern!

Das ist tatsächlich das Zauberwort

Autoren Kristina Luxen und Abdenassar Gannoukh, Frankfurter Stadtverordnete

Der lange Sommerurlaub fiel bei uns ins Wasser. Da wir beide engagierte Wahlkämpfer*innen sind und Wahlkampf auch während einer Pandemie ein „Muss“ ist, entstand die verrückte Idee, Open-Air-Sprechstunden in sechs Stadtteilen im Frankfurter Norden zu machen.

10.000 Flyer mit den Kontaktdaten und den Terminen der Sprechstunden waren schnell verteilt, der Unterbezirk stellte einen Transporter mit dem entsprechenden Equipment zur Verfügung und dann hieß es abwarten, was an den entsprechenden Terminen an durchaus unterschiedlichen Orten passierte.

Und es passierte viel. Die angegebenen Telefonnummern liefen heiß, E-Mails trudelten ein und zu den Terminen kamen ebenfalls eine Menge Leute – allerdings je nach Stadtteil sehr unterschiedlich. Teilweise kamen die Bürger*innen auch mehrmals mit neuen Anliegen oder folgten unseren Terminen, manchmal auch nur, um ein Schwätzchen zu halten. Der Erfolg dieser inzwischen 22 Termine hängt auch mit der Pandemie zusammen. Für viele ist das Leben schwierig geworden und es macht sich Hilflosigkeit bei bestimmten Themen breit. Corona macht einsam und manchmal war es nicht das große Thema, sondern einfach nur das kurze Gespräch, weil die Kinder lange nicht mehr da waren oder der Seniorennachmittag seit Monaten ausgefallen ist.

Vor allem migrantische Eltern suchen immer noch für ihre Vorschulkinder einen Kindergartenplatz. In drei Fällen konnte geholfen werden: So fehlt der Internetanschluss, um sich auf der Plattform für die Vergabe der Plätze anzumelden und das Wissen, wie wichtig es ist, dass die Kinder mit vernünftigen Sprachkenntnissen in der Grundschule starten. Zwei weitere Kinder wurden eingeschult – Anträge ausfüllen, inklusive Mathe- und Sprachtests mit den Kindern machen. Eine 7-köpfige Familie wohnt in einer 2-Zimmer-Wohnung. Die nächste Vier-Zimmerwohnung ist nun bei der Wohnungsbaugesellschaft für diese Menschen reserviert. Fehlende oder marode Parkbänke ersetzen, die Boule-Bahn im Stadtteil endlich instandsetzen, Konflikte zwischen Jugendlichen und Eltern mit Kindern lösen, einen völlig überflüssigen Fahrradständer entfernen, intensive Gespräche mit Bürgerinitiativen im Quartier führen, all das gehörte zu unserem Programm. Es wurden Beschwerden über die Zulassungsstelle, die Bürgerämter oder Erbpachtzinsen entgegengenommen. Viele Senior*innen des Nordens möchten in ihrem Stadtteil alt werden und wünschen sich eine Seniorenwohnanlage. Es gab Hinweise von Eltern, dass auf den Spielplätzen gedealt wird.

Open-Air-Sprechstunde in Frankfurt Fotos (2): Kristina Luxen

Zuhören ist das eine, kümmern das andere. Alle 22 Termine erforderten eine immense Nacharbeit: Bei manchen reicht ein Anruf in der Verwaltung, bei anderen gibt es nur eine Lösung über den parlamentarischen Weg in den Ortsbeiräten oder im Stadtparlament. Der Schutzmann vor Ort wurde eingebunden wegen der Drogen auf den Spielplätzen und es wurden Grundstücke wegen der Seniorenwohnanlage angeschaut. Auch ist es wichtig, dass eine Rückmeldung an die Bürger*innen erfolgt, manchmal war auch ein Folgetermin notwendig.

Kümmern lohnt sich. Ehrenamtliche in der Kommunalpolitik sind schon sehr nah an vielen Themen, aber auch nicht an allen. Das Kümmern sollte eigentlich zu einem Dauerzustand werden. Vorstellbar wäre ein Quartiersbüro, in denen Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker*innen Sprechstunden anbieten. Solch ein Büro gibt es schon in Ludwigshafen, initiiert von der rheinland-pfälzischen SPD. Den Weg zur Sprechstunde finden die meisten aber nur, wenn es in dem Büro noch weitere Angebote gibt: Vereinen könnte der Raum zur Verfügung gestellt werden, Angebote für unterschiedliche Zielgruppen sind denkbar und einiges mehr. Zuhören und kümmern führt vor allem zu einem: Man bleibt geerdet und im Gespräch mit den wichtigsten Menschen in einer Kommune: den Bürger*innen.

Wichtig: ins Gespräch kommen

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Hessen e.V.,
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 360 11 74
Telefax: (0611) 360 11 95
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Wohnungstausch als Chance

Ein wirksamer Beitrag nicht nur zur Deckung des Wohnungsbedarfs älterer Menschen

Autor Dietrich Schwarz, Rechtsanwalt

Viele Menschen im fortgeschrittenen Alter haben den Wunsch nach Veränderung in eine kleinere Wohnung. Insbesondere dann, wenn sie in ihrer alten großen Mietwohnung oder in ihrem Einfamilienhaus inzwischen allein leben und ihnen die Unterhaltung ihrer Wohnung zunehmend schwerfällt, weil z.B. das Wohnhaus nicht barrierefrei ausgestattet ist. Gleichzeitig suchen viele Familien größeren Wohnraum in der Stadt.

Warum sollten Kommunen und Wohnungsgesellschaften also nicht diesen unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden und ältere Menschen beim „Wohnungstausch" unterstützen?

Verschiedene Studien zeigen, dass der durchschnittliche Wohnflächenkonsum pro Person im Alter stark zunimmt, während er in den Großstädten und Ballungsgebieten wegen der Wohnungsknappheit und steigenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum für die Gesamtbevölkerung wieder sinkt. Wertvolle Wohnfläche, die alte Menschen nicht mehr benötigen, auf die junge Familien aber angewiesen wären, gehen auf diese Weise verloren.

Beispiel Wiesbaden

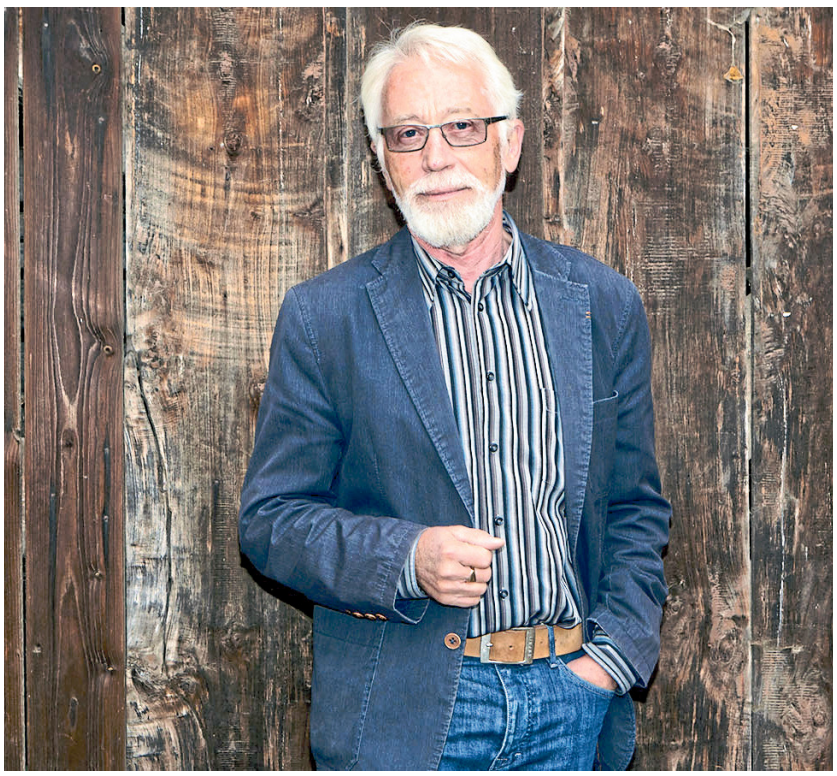
Aber wie hoch ist das Potential von Flächenreserven, die durch Wohnungstausch aktiviert werden könnten, wirklich? Eine Auswertung der verfügbaren demografischen Daten für die Stadt Wiesbaden ergibt, dass dort etwa 1.200 Wohnungen oder ungefähr 100.000 qm Wohnfläche frei würden, wenn sich nur 20 Prozent der knapp 20.000 Ein-Personen-Haushalte über 65 Jahren für den Umzug in eine kleinere Wohnung entscheiden würden.

Für den Neubau von Wohnungen in dieser Größenordnung im preissubventionierten Mietwohnungsbau müsste die Stadt bei Einsatz von mindestens 20.000 Euro pro Wohneinheit insgesamt 23,4 Millionen Euro an kommunalen Fördermitteln aufwenden, verteilt auf fünf Jahre immerhin 4,7 Millionen pro Jahr. Die wenigsten Städte sind finanziell in der Lage, so anspruchsvolle Förderprogramme allein für ältere Haushalte aufzulegen. Es liegt auf der Hand, welche Variante für die Stadt günstiger ist, um das Ziel einer bedarfsgerechten Wohnraumversorgung zu erreichen.

Bedingungen für erfolgreiche kommunale Wohnungstauschprogramme

Wesentliche Bedingung für den Erfolg von Wohnungstausch-Strategien ist selbstverständlich, dass in der Kommune überhaupt ausreichender, geeigneter, aber auch bezahlbarer Ersatzwohnraum bereitsteht. Für Eigentums- und Mietwohnungen gilt gleichermaßen: Die Verringerung ihrer Wohnfläche wollen umzugsbereite ältere Ein- oder Zweipersonenhaushalte nur dann in Kauf nehmen, wenn sie in eine Wohnung innerhalb ihrer vertrauten Umgebung, möglichst im selben Stadtteil umziehen können, wenn die neue Umgebung über eine gute infrastrukturelle Versorgung verfügt und bei Bedarf hauswirtschaftliche und pflegerische Leistungen zur Verfügung stehen. Das größte Reservoir besteht vermutlich im Altbaubestand, der freilich zunächst an die Wohnbedürfnisse älterer Menschen angepasst werden müsste (Barrierefreiheit, Umwandlung von großen in kleine Wohnungen u. ä.).

Am ehesten wird das Konzept im Wohnungsbestand großer Wohnungsunternehmen aufgehen, die über eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote an Mietwohnungen verfügen und auch im Bauträgergeschäft tätig sind, da große Bestandshalter eher in der Lage sind, im Ringtauschverfahren Ersatzwohnungen anzubieten. Das gilt in besonderem Maße für Wohnungsgenossenschaften, die ein ureigenes Interesse an der Wohnraumversorgung ihrer Mitglieder haben.



Dietrich Schwarz, Mitglied des Arbeitskreises Wohnungspolitik der SPD Hessen-Süd
Foto: Vera Friederich Photography

Welche Voraussetzungen sollten vor Ort gegeben sein?

- Umzugsbereite Haushalte müssen sich an eine zentrale Beratungsstelle wenden können, die einen guten Überblick über das vorhandene Wohnungsangebot in der Gemeinde hat und auf die Unterstützung ihrer Tätigkeit durch große Wohnungsunternehmen und qualifizierte Maklerbüros zurückgreifen kann.
- Solche Anlaufstellen sollten die Interessent*innen nicht nur über das Angebot an Ersatzwohnungen informieren, sondern sie auch beraten, wie sie den Umzug in eine kleinere Wohnung finanzieren und praktisch bewerkstelligen können. Bei Bedarf können sie auch das Umzugsmanagement übernehmen.
- Bei älteren Menschen mit lastenfreiem Wohnungseigentum wird die Finanzierung einer Ersatzwohnung in der Regel keine Probleme aufwerfen. Aber ihre Ansprüche an eine Ersatzwohnung sind meistens höher.
- Da die Angebotsmieten meistens höher als maßvolle Bestandsmieten ausfallen, ist bei älteren Wohnungsmieter*innen mit niedrigen Renteneinkommen besonders darauf zu achten, dass die Mietbelastungen für die Ersatzwohnung nicht höher ausfallen als für die Bestandswohnung, sonst macht ein Umzug für sie keinen Sinn. Auch solche Berechnungen muss die Beratungsstelle für ihre Klienten machen können.

Auf den Wohnungsneubau wird die Gemeinde auch bei einem erfolgreichen Wohnungstauschprogramm nicht verzichten können. Es ist aber den Versuch wert auszuprobieren, ob die Förderung des Umzugs im Alter durch Wohnungstausch nicht doch ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der allgemeinen Wohnungsnot und zur Bereitstellung altersgerechten Wohnraums sein kann. Die Kommune würde damit gewissermaßen „zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen".

SEMINARPROGRAMM 2021

der Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V.

Datum	Ort	Thema	Teilnahmebeitrag
STAATLICH ANERKANNTE BILDUNGSURLAUBE			
26.04.–30.04.2021	Darmstadt	Meine digitale Kommune	200 €
03.05.–07.05.2021	Höchst/Odenwald	Kommunalpolitik	330 €
13.09.–17.09.2021	Höchst/Odenwald	Rhetorik	330 €
04.10.–08.10.2021	Herborn	Führung	330 €
18.10.–22.10.2021	Bad Hersfeld	Kommunalpolitik	330 €
INTENSIVKURSE			
29.05.–30.05.2021	Herborn	Rhetorik für Frauen	100 €
26.06.–27.06.2021	Gladenbach	Doppik	100 €
10.07.–11.07.2021	Wetzlar	Resilienz für Kommunalpolitiker*innen	100 €
16.07.–18.07.2021	Höchst/Odenwald	Charisma	125 €
30.10.–31.10.2021	Gladenbach	Doppik	100 €
PRÄSENZSEMINARE			
30.01.2021	Wetzlar	Produziere deinen eigenen Podcast	50 €
06.02.2021	Darmstadt	Imagefilme selbst erstellen	50 €
27.03.2021	Frankfurt	Reden schreiben	50 €
24.04.2021	Gießen	Ortsbeirätekonferenz	kostenfrei
27.04.2021	Gießen	Meine Rechte und Pflichten als Mandatsträger*in	25 €
19.05.2021	Frankfurt	Storytelling	25 €
03.07.2021	Darmstadt	Orchideen-Seminar: Wie bringe ich neue Themen auf die politische Tagesordnung?	50 €
11.09.2021	Frankfurt	HGO Grundlagen	25 €
18.09.2021	Mittelhessen	Argumentationstraining gegen Parolen	50 €
26.10.2021	Frankfurt	Sitzungen und Diskussionen leiten	25 €

WEBSEMINARE		
04.03.2021	Ein Crashkurs zum 1x1 der Kommunalpolitik	10 €
18.03.2021	Konstituierende Sitzung	10 €
25.03.2021	Strategische Steuerung von Fraktionsarbeit	10 €
15.04.2021	Rechte und Pflichten als Mandatsträger*in	10 €
21.04.2021	Strategische Steuerung von Fraktionsarbeit	10 €
22.04.2021	Konstituierende Sitzung	10 €
11.05.2021	Sitzungen und Diskussionen leiten	10 €
21.05.2021	Verantwortung in Aufsichtsräten und Eigenbetrieben	10 €
10.06.2021	HGO Grundlagen	10 €
17.06.2021	Kommunalpolitik visualisieren und erklären	10 €
22.09.2021	Kommunale Verkehrspolitik: Mobilität im ländlichen Raum	10 €
29.09.2021	Social Media	10 €
14.10.2021	Ein Crashkurs zum 1x1 der Kommunalpolitik	10 €

Kommunalakademie Hessen 2021

Datum	Ort
03.09.–05.09.2021	Gladenbach
25.09.–26.09.2021	Gladenbach
23.10.–24.10.2021	Herborn
19.11.–21.11.2021	Herborn

Teilnahmebeitrag gesamt: 400 €

MEINE LOKALE DEMOKRATIE
Termine auf Anfrage

VOR-ORT-SEMINARE
Themen und Termine auf Anfrage

Änderungen vorbehalten!

AfK HESSEN

Anmeldung und weitere Informationen unter:

Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V.
Marktstraße 10, 65183 Wiesbaden
Tel. 0611/360 11 76
info@afk-akademie.de

www.afk-akademie.de

Foto: Max Beck/unsplash

Liebe Genossinnen und Genossen,

für alle, die kommunalpolitisch Verantwortung tragen, sowohl im Hauptamt als auch im Ehrenamt, war das Jahr 2020 eine große Herausforderung. Die Folgen der Corona-Pandemie schlugen besonders auf die Kommunen durch. In den Kommunalverwaltungen, in den Gesundheitsämtern muss neben dem Gesundheitswesen der zentrale Anteil der für die Bewältigung der Pandemie notwendigen Arbeit geleistet werden. Dies geschieht in hoher Qualität und Kontinuität. Umso richtiger ist daher, dass der vor kurzem verkündete Tarifabschluss im öffentlichen Dienst dies auch wertschätzt und teilweise sehr deutliche Verbesserungen für die Kolleg*innen abbildet. Und umso erfreulicher ist, dass gerade den öffentlichen Verwaltungen, den Mitarbeitenden der Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen, von den Hess*innen so großes Vertrauen entgegengebracht wird.

In den Kommunen schlagen aber auch die Folgen der Pandemie durch: mit der Ungeduld vieler Bürger*innen sind die Mitarbeitenden der Kommunalverwaltungen konfrontiert, die manchmal etwas chaotische Kommunikation der Landesregierung bezüglich der Schulen führt zu Ärger, der bei den kommunalen Schulträgern landet. Und die finanziellen Auswirkungen der Pandemie gefährden zunächst und zu allererst die kommunalen Haushalte.

Und leider wissen wir noch nicht wirklich, wie der weitere Verlauf der Pandemie sein wird, wann geimpft werden kann, und wie zügig diese Impfungen dann auch durchgeführt werden können.

Umso wichtiger und herausfordernder wird daher die Kommunalwahl im März 2021 sein. Der Wahlkampf wird unter Corona-Bedingungen nicht einfach werden. Und trotzdem müssen wir unsere Erfolge in den Kommunen selbstbewusst vertreten, engagiert und wahrnehmbar für unsere Ziele streiten und um jede Stimme kämpfen – für die SPD und auch für die von uns getragenen Kandidat*innen bei Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen.

Ich habe 2020 persönlich erfahren, welch kostbares Gut Gesundheit ist – auch jenseits von Corona. Ich wünsche Euch daher zunächst vor allem Gesundheit, und darüber hinaus trotz allem schöne und entspannte Feiertage sowie für das nächste Jahr nicht nur Erfolg in der politischen Arbeit, sondern auch persönlich alles Gute.

Herzlich
Eure

Kirsten Fründt,
Vorsitzende SGK Hessen e.V.

Empfehlung für Hygienekonzepte an Wahlkampfständen in Zeiten der Covid-19-Pandemie

Sind Wahlkampfstände erlaubt? Warum wir an Wahlkampfstände glauben

Eine Handreichung des SPD-Bezirks Hessen Nord und Hessen Süd

Trotz der umfangreichen Beschränkungen im Alltag durch Covid-19 und der besonderen Vorschriften bei der Zusammenkunft von Menschen sollen Wahlkampfstände stattfinden.

Neben den vielen dringenden Themen, welche die Menschen vor der Krise beschäftigten, sind durch das Coronavirus viele neue Probleme und Fragen entstanden. Um den Bürger*innen im Wahlkampf Raum und Möglichkeiten zu geben, ihre Anliegen an Politiker*innen zu adressieren, bieten sich insbesondere Wahlkampfstände unter freiem Himmel an.

Bei einer den Umständen entsprechend angepassten Durchführung der Wahlkampfstände müssen vor allem Hygiene- und Abstandsregeln beachtet und umgesetzt werden. Das Ziel, eine niedrigschwellige Gesprächsplattform für einen Dialog mit den Bürger*innen anzubieten, bleibt jedoch bestehen. Die Ortsvereine und Unterbezirke stehen unter erhöhter Aufmerksamkeit. Aus diesem Grund ist es ratsam, sich an Hygiene-Regeln zu halten.

Die Corona-„Spielregeln:

- Es wird empfohlen, durch entsprechende Möblierung des Standes (Tische, Bistrotische, etc.) und ggfs. durch Plexiglas-Scheiben Abstand zu den Bürger*innen herzustellen.
- Das Standteam sollte einen Mund-Nase-Schutz tragen.
- Eingesetzte Tische und Stühle werden regelmäßig desinfiziert.
- Mit Hinweisschildern und Markierungen wird auf die Abstandsregeln sowie auf die Hygieneregeln aufmerksam gemacht.
- Es wird empfohlen, keine losen Getränke und unverpackte Speisen auszugeben.
- Bei der Übergabe von Streuartikeln und Flyern werden medizinische Handschuhe getragen.
- Auf ein Auslegen von Streuartikeln und Flyern zum Selbstbedienen sollte verzichtet werden.